

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannisdorfer Str. 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Vormittags 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—6 Uhr.

Konkurrenz der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Interate an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Filialen für Inf.-Annahme:  
Otto Kromm, Universitätsstr. 28,  
Ewald Köhler, Katharinenstr. 15, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15.100.  
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk.,  
incl. Postgebühren 5 Mk.,  
durch die Post bezogen 6 Mk.  
Jede einzelne Nummer 30 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 Pf.,  
mit Postbefreiung 45 Pf.  
Inserat 4sp. 20 Zeilen, 10 Pf.  
Größere Schriften laut tariflicher  
Preisberechnung — Labelschriften  
Satz nach höherem Tarif.  
Reclamen unter dem Redactionsstrich  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro Annahme  
oder durch Postnachschuß.

No 134.

Montag den 14. Mai 1877.

71. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Die sämtlichen Fronten des Gewandhauses sollen neu gefärbt, beziehentlich gepuzt werden und sind diese Arbeiten in Accord zu vergeben.  
Rechnungen und Bedingungen liegen im Rathshausamt aus, woselbst auch die Preisforderungen bis **Montag den 28. ds. Mts. Abends 5 Uhr**, unterschrieben, versiegelt und mit der Aufschrift „Gewandhaus“ versehen, einzureichen sind.  
Leipzig, den 8. Mai 1877.  
Des Rath's Bau-Deputation.

## Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit die kleine Burggasse neu zu pflastern und ergeht deshalb an die Besitzer der angrenzenden Grundstücke und bez. an die Anwohner hierdurch die Aufforderung, etwa beschädigte, die bezeichneten Straßentracte berührende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasserleitungen und Weichschleusen ungekündigt und jedenfalls vor der Neupflasterung auszuführen, da mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters dergleichen Arbeiten während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendeter Neupflasterung in der Regel nicht mehr zugelassen werden.  
Leipzig, am 27. April 1877.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wangemann.

## Submissionauschreiben.

Für die **Gewächshäuser** des neuen Botanischen Gartens der hiesigen Universität werden ca 1906 **Dieter Kollschattendecken** gebraucht, welche an den Mindestfordernden, unter Vorbehalt der Auswahl, vergeben werden sollen.  
Rectanten werden ersucht, die diesfälligen Bedingungen im Universitäts-Rentamt einzusehen und das Anschlagformular hieselbst in Empfang zu nehmen, sowie solches, ausgefüllt und unterschrieben, unter der Aufschrift:  
„Kollschattendecken“  
bis **zum 26. Mai 1877 Nachmittags 6 Uhr** versiegelt anher abzugeben.  
Leipzig, am 12. Mai 1877.  
Universitäts-Rentamt.  
Graß.

## Eine neue Partei.

Von Ludwig Ferrmann.  
(Schluß.)

Das Programm der neuen Partei lautet:  
1) Die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei“ strebt die Verbesserung der Lage des Arbeitervolkes auf friedlichem und gesetzmäßigen Wege, und unter Beachtung aller ihr geltend zu machenden Mittel.  
2) Sie erkennt an, daß die Arbeit die Quelle alles Reichtums und aller Cultur, und deren Förderung durch irgend eine Gewalt der feindseligen Einwirkung des Besitzstandes hinderlich ist, und tritt deshalb mit allen Kräften für die Ehre des Arbeitervolkes ein.  
3) Auf diesen Grundgedanken fußend, erstreckt dieselbe folgenden:  
A. Unter Mitwirkung der öffentlichen Gewalt.  
a) Kindern derjenigen Eltern, welche eine Staatskinder unter 10 Jahre haben, muß freier Volksschulunterricht gewährt werden. An den höheren Schulen, als Realhöhen, Gymnasien etc., sind für begabte, aber arme Schüler, welche eine höhere Schulbildung anstreben wollen, Freiplätze offen zu halten, und zwar 10 Prozent der gesamten Schülerzahl.  
b) Kinder dürfen vor ihrem zehnten Lebensjahre nicht in Fabriken oder sonstigen Etablissements beschäftigt werden. Die Erwerbsarbeiten der Kinder sind gesetzlich zu regeln und bis zum vollendeten 16 Lebensjahre der jungen Arbeiter behördlich zu überwachen.  
c) Gesetzliche Regulierung des Lehrlingswesens.  
d) Gesetzliche Regulierung der Frauenarbeit in den Fabriken.  
e) Gesetzliche Regulierung des Hilfsschulwesens.  
f) Staatliche Anerkennung von Eingangsämtern.  
g) Einrichtung besonderer obrigkeitlicher Organe zur strengen Controle der Arbeiterverhältnisse.  
h) Aufstellung von Arbeitervereinen und regelmäßige Festhaltung der thätigsten Verhältnisse.  
B. Ohne obrigkeitliche Mitwirkung.  
a) Herabsetzung unter gesunder Wohnung.  
b) Einrichtung von Consum-Vereinen, Spar- und Creditkassen, Versicherungsvereinen, Eingangsämtern, Bildungs- und Erholungsvereinen.  
c) Maßregeln zur Sicherung und Steigerung des Einkommens durch Erzielung von Gewinnauftheilen, Errichtung von Productiv-Gesellschaften, Einwirkung des Patentschutzes etc.  
d) Theilnahme an den Gemeindefreien, deren Hauptbestrebungen sein sollen: humane Arbeit und Arbeitszeit, gerader Lohn, menschenwürdige Behandlung des Arbeiters, Bildungswege.  
e) Errichtung von Vereinen zur Pflege der Kinder, der Wöchnerinnen und zur Fortbildung der Arbeiterinnen.  
f) Beschäftigung, resp. Verein in den betreffenden Kreisen herbeizuführende Festhaltung einer angemessenen Arbeitszeit, bei Production gesundheitsgefährlicher Stoffe.  
g) Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte.  
h) Eine allgemeine Festsetzung von Rindigungsstrafen und Bekämpfung der Contractanten. — Elementare Ereignisse, welche die Störung des Arbeitsbetriebes bedingten, entbinden sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer von ihren gegenseitig eingegangenen contractlichen Verbindlichkeiten.  
i) Errichtung von Versicherungskassen, welche die Arbeitnehmer in dem im vorhergehenden Paragraphen vorgeschriebenen Falle entsprechend schadlos halten sollen.  
Die man aus Vorstehendem ersieht, sind von den fünfzehn Punkten des als bekannt vorausgesetzten socialistischen Programms nur drei, betreffend die Volkserziehung, die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit und Schutzmaßregeln für Leben und Gesundheit der Arbeiter, wenigstens in annäherndem Sinne, mit hinübergenommen. Unberücksichtigt aber mußte noch eine große Zahl

von socialistischen Forderungen bleiben, welche, ohne noch im Entferntesten an den rothen Internationalismus zu streifen, doch recht wohl geeignet sind, den Arbeiter dem Socialismus zuzuwenden, wenn er der Belehrung und Aufklärung ermangelt, wenn ihm die Erkenntniß fehlt, daß er nicht bloß stets nur Forderungen an den Staat und die Gesellschaft zu stellen habe, sondern auch verpflichtet sei, dem Staat und der Gesellschaft verhältnismäßige Leistungen zu gewähren. Und vor diesen Leistungen des Arbeiters als Staatsbürger enthält das Programm der „Neuen freien deutschen Arbeiterpartei“ nicht ein Wort; mit keinem Worte ist überhaupt der politischen Richtung dieser neuen Partei Erwähnung gethan; nicht eine Sylbe verräth ein Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten. — Alles dreht sich lediglich um die Aufbesserung der geistigen und materiellen Wohlfahrt eines ganz bestimmten Standes — und das macht Anspruch auf den Namen einer politischen Partei!  
Ebenso wenig ist davon in den „Statuten“ enthalten. Sie besinnen sich nur mit der inneren Organisation, und der erste Paragraph lautet: „Zweck der „Neuen freien deutschen Arbeiterpartei“ ist, die Interessen des Arbeiterstandes auf politischem und socialen Gebiete zu wahren. — Das ist Alles; wüßte man nicht aus dem Auftrage der Herren Rathschach und Krüger, daß es sich um die Bildung einer reichsfreundlichen Partei handle, nach Programm und Statuten könnte man getrost das Gegentheil vermuthen, und daß in beiden jede feste und klare Darlegung der Ziele der neuen Partei auf dem politischen Gebiete fehlt, zeigt von der argen Oberflächlichkeit der ganzen Arbeit, deren guter Wille, die Socialdemokratie zu bekämpfen, immerhin anerkannt werden mag. In der Vorrede seines Auftrages an das deutsche Volk“ sagt Herr Rathschach: „Allein deshalb muß diesen Arbeitern eben Gelegenheit geboten werden, sich einer Partei anzuschließen, welche die anti-socialistischen Tendenzen, die sie vertritt, offen in ihrer Firma ausdrückt,“ und überläßt es dem Leser, sich vergeblich nach einer solchen Firma umzusehen oder in Programm und Statuten nach einem Erfolge dafür zu suchen.  
Offenbar hat das Kasseler Comité, welches diese Statuten und Programm feststellte, die Schwermüdigkeit bei Bekämpfung der Socialdemokratie bei Weitem unterschätzt, denn darin liegt ja gerade der große Vortheil der letzteren, daß sie dem Arbeiter nur Angenehmes und Verdienstliches zu sagen braucht, um ihn für ihre Ideen zu gewinnen, während jede andere Partei, welche auf dem Boden des heutigen Staates und der bestehenden Gesellschaft sich bewegt, gezwungen ist, auch den Arbeiter zur Erfüllung erstere und schwerere Pflichten zu ermahnen. In diesem Punkte macht es sich die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei“ zwar sehr leicht, indem sie darin ganz dem Beispiel ihrer Gegner folgt, allein dann erfüllt sie auch nicht die Anforderungen, welche an sie, als politische Partei, mit Recht gestellt werden müssen. Ihr Programm könnte in den Forderungen, welche es überhaupt enthält, sowohl von Socialisten als Antisocialisten angenommen werden, aber diesen wie jenen müßte es als unvollständig, als halbes Strohwerk erscheinen. Wer kann da hoffen, mit demselben die Macht des Socialismus zu brechen? In den Gegenden, wo derselbe bereits die Herr-

schaft über die Massen errungen, wird ihm auch nicht einer seiner Anhänger auf dieses Programm hin sahnensüchtig werden und dort, wo seine Lehren noch nicht hingedrungen, wird die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei“ mit ihrem ausgesprochenen Programm der Classeninteressen eine wahre Vorbereitungsstufe für die Lehren der Socialdemokratie werden.  
Nach obiger Darlegung ist es unzweifelhaft, daß das in Rede stehende Unternehmen ein verfehltes ist. Es giebt hier nur zwei Möglichkeiten. Entweder war es die Absicht der leitenden Persönlichkeiten, lediglich das eng begrenzte Interesse eines einzigen Standes, das der Arbeiter, ins Auge zu fassen — nun, dazu würde doch der sociale Theil des socialdemokratischen Programms vollständig ausreichen und hat in dieser Hinsicht die Arbeit der neuen Partei keine wesentliche Verbesserung aufzuweisen. Oder es war der von höheren Gesichtspunkten ausgehende Drang vornehmlich, die niederen Classen hinauszuführen auf die Stufe der Erkenntniß, wo sich ihr Interesse mit dem Allgemeinwohl zu verbinden vermöchte, ihre Theilnahme am öffentlichen politischen Leben zu wecken, sie aus den Irreführungen der socialistischen Lehren zu befreien und sie empfänglich zu machen für die Anschauungen der anderen, auf dem heutigen Staatsbegriff fußenden Parteien — mit einem Worte, die Idee in ihnen zu wecken, daß auch sie freie Bürger des Staates seien, mit dem Rechte und der Pflicht, der inneren und äußeren Entwicklung desselben auf socialen und politischen Gebiete mit Theilnahme regen, selbstthätigen Beistand zu leisten — dann muß man staunen über die armen Mittel, welche uns das Programm der „Neuen freien deutschen Arbeiterpartei“ an die Hand giebt, in welchem dieser Richtung auch nicht mit einem einzigen Worte Erwähnung gethan wird.  
Wenn nun auch sonach von der neuen Partei-richtung sogleich abgesehen werden kann, so läßt sich doch aus ihrem Auftreten die lehrreiche Folgerung ziehen, daß das politische Verständnis in ganz andere Bahnen gelenkt werden müsse, damit nicht durch ein Parteinutzen das allgemeine Wohl gefährdet werde. Der Zweck dieser Zeilen kann es nicht sein, in diesem Sinne hier ausführlicher sich zu verbreiten; aber die Betrachtungen über die neue Partei sollen nicht geschlossen werden ohne einen Mahnruf an diejenigen, welche berufen sind, auf die vorhandenen Parteien einen Einfluß auszuüben. Einem Mahnrufe, eine Aufforderung, die politischen Ziele ihrer Partei so weit auszudehnen, daß alle Stände, alle Classen der Bevölkerung in ihrem Rahmen Platz zu finden vermögen, daß es auch dem Arbeiter leicht gemacht werde, sich einer oder der andern von ihnen anzuschließen und er nicht nöthig habe, eine neue Partei zu gründen.

## Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 13. Mai.

Die erst Kaiser Wilhelm seine Regentpflichten auftrug, davon giebt eine seiner Aeußerungen bereiten Beweis. Es war während einer festlichen Gelegenheit in Straßburg, als der Kaiser nach aufgehobener Tafel mit mehreren Herren ein Gespräch anknüpfte. Die Rede kam auf die Julitage des Jahres 1870. Sr. Maj. erzählte nun tief bewegt seinen Zuhörern wörtlich etwa Folgendes: „Als die Rede des Herzogs von Grammont in Cambray eintraf, stand ich im hell erleuchteten Kursaal. Der Kronprinz stand unter dem Kronleuchter und las die Rede vor. Als er geendet hatte, sagte ich sogleich zu mir: „Darauf giebt es nur eine Antwort.“ Ich wandte mich zu Moltke, der hinter mir stand, und frug: „Moltke, bis wann kann die Mobilisirungsordre für die ganze Armee unterzeichnet sein?“ „Bis Abends 10 Uhr, Ex. Majestät!“ war die Antwort. „Gut!“ erwiderte ich, „ich werde sie unterzeichnen.“ Als ich nun aber am anderen Morgen erwachte, da wurde es mir doch schwerer um's Herz. Ich fühlte, welche ungeheure Verantwortung ich auf mich genommen. Als ich aber auf dem Wege nach Berlin überall des Volkes Jubel sah, das mich freudig begrüßte, und als ich endlich in Berlin mit höchster Begeisterung empfangen wurde, da mußte ich, daß ich das Richtige getroffen, und ich war wieder ein freier Mann.“  
Ultramontane Blätter haben die Nachricht gebracht, daß der Papst den Kaiser Wilhelm durch den Staatssecretar Simon zu seinem 80jährigen Geburtsfest habe beglückwünschen lassen und daß der Kaiser und die ihm nächststehenden Hofkreise „die freudige Uebersetzung genommen hätten, daß die Stimmung des römischen Stuhles eine durchaus friedliche sei und daß von Seiten Roms zu einem baldigen, beide Theile befriedigenden Ausgleich in Sachen der Raigelege gern die Hand geboten werde.“ Bestätigt sich diese Nachricht, so würde sie, im Vergleich zu dem bekannten Briefwechsel

zwischen dem Papst und dem Kaiser im Jahre 1873, allerdings eine bemerkenswerthe Stellungsbewandlung des Papstes bedeuten. In der That treten neuerdings die verschiedensten Anzeichen auf, daß man im Vatican auf die Beilegung des Streites mit Deutschland zu sinnen beginnt. So bringt die „Magdeburger“ eine Mittheilung aus Rom „von durchaus zuverlässiger Seite“, nach welcher sich dort seit der ersten Hälfte des April zwei bayerische Staatsräthe, die Herren Pfistermeyer und Bombard, aufhielten, mit dem Zwecke, mit der Curie wegen der Beilegung der zwei erledigten bayerischen Bischofsstühle zu verhandeln, zugleich aber mit dem Nebenwede, „der Curie Rath in deutschen Angelegenheiten zu ertheilen und dieselbe zu belehren, wie sie geschäffter, als bisher, auf gewisse Hofkreise in Deutschland für Herstellung eines Ausgleiches wirken könne.“ Das Vorhandensein eines solchen Nebenwedes wird allerdings sehr wahrscheinlich gemacht durch den Umstand, daß die bayerischen Staatsräthe vor der Gesandtschaft des deutschen Reiches sorgfältig ihr Incognito bewahrten und von denselben erst vor Kurzem durch einen Zufall entdeckt wurden. Von größtem Interesse würde es unter diesen Umständen sein, zu erfahren, auf wessen Betreiben die Herren zu dieser belehrenden Thätigkeit bei der Curie gekommen sind. Die Möglichkeit irgend eines amtlichen Auftrags scheint von vornherein ausgeschlossen; zudem ist der Gewährungsmann der „Magdeburger“ selbst der Ansicht, daß jener Nebenwede „vielleicht auch in München an höchster Stelle nicht bekannt sei.“ Andererseits aber dürfte es mit der Stellung von Staatsbeamten schwer verträglich sein, daß sie bei Gelegenheit einer amtlichen Sendung auch von nichtamtlicher Seite ihnen gewordene Aufträge ausführen. Im Uebrigen könnte es freilich nur von Nutzen sein, wenn die Unkenntniß der deutschen Dinge, die bekannter Mägen im Vatican herrscht, ein wenig aufgehellt würde. Bei genauerer Betrachtung der Raigelege dürfte man zu der überraschenden Erkenntniß kommen, daß der Friede mit Deutschland sehr leicht zu haben ist, nämlich durch einfache Anerkennung dieser Gesetze, welche der katholischen Kirche keine Bedingung auferlegen, die sie in anderen Staaten nicht längst erfüllt hätte. Weder ist nur zu fürchten, daß eine Belehrung, welche statt der offenen amtlichen Verhandlungen die Einwirkung auf „gewisse Hofkreise“ empfindet und die gänzlich unhaltbare Vorstellung eines „Ausgleiches“ bestehen läßt, die nöthige Klarheit im Vatican nicht bewirken wird.  
Die socialdemokratischen Blätter veröffentlichten nachträglich eine Erklärung, welche der Raigelege zu dem Bericht der Gewerbeordnungscommission zu Protokoll gegeben hat. Aus derselben ist zu ersehen, daß Herr Raigelege für den bekannten Antrag Lutzburg-Wehrenpfennig, durch welchen der Antrag Galen von der Ueberweisung an die Regierung ausgeschlossen wurde, lediglich in der Absicht gestimmt hat, den Antrag der Socialdemokraten dem Reichkanzleramt überweisen zu sehen. Ausdrücklich verwehrt er sich dagegen, daß für ihn die Motive maßgebend gewesen seien, von denen, wie ihm erst aus dem erwähnten Bericht bekannt geworden, die Mehrheit der Commission sich bei der Ausschließung des Galen'schen Antrags habe leiten lassen. Nach dem Bericht wurde diese Ausschließung damit begründet, daß der Antrag Galen, zu allen anderen vorliegenden Anträgen in grundsätzlichem Gegensatz stehe und ein Nichtauswärtigen gegen die verbündeten Regierungen enthalte, welches von den übrigen Antragstellern und deren Gesinnungsgenossen nicht getheilt werde.“ Es ist klar, daß Herr Raigelege als Socialdemokrat sich nicht an der Zurückweisung eines Nichtauswärtigen gegen die Regierung beteiligen konnte, und seine Erklärung hat offenbar den Sinn: „ich habe nur aus Zweckmäßigkeitsrücksichten für den Antrag Lutzburg-Wehrenpfennig gestimmt, principiell wäre mein Platz an der Seite der Ultramontanen und Deutschconservativen gewesen.“ Welch' interessantest Streiflicht damit auf die Stellung der letzteren Partei fällt, bedarf keiner weiteren Ausführung.  
Ein Telegramm der „Post“ aus Paris meldet, daß die Lage der Türkei in Asien äußerst gefährdet sei, und daß das Gerücht gehe, England habe einen Allianz-Vertrag mit Spanien abgeschlossen, wosach letzteres, im Falle einer Intervention, Hülfstruppen stellen werde und England dafür die Garantie übernehme, daß Cuba im Besitz der spanischen Krone bleibe.  
Nach einer Mittheilung der „R. Fr. Pr.“ flühen die Russen seit den letzten Tagen bedeutende Streitkräfte in der Richtung auf Siurgowo. Offenbar soll dem Uebergang nach der Dobrudscha ein Versuch folgen, die Donau bei Ottenhau-Turtulai zu überschreiten. Es werden deshalb Truppen bei Siurgowo versammelt, um einem etwaigen Offensivzug der Türken von Ruffsch